



Menschenrechte und die Finanzierung des Friedens



Sitzungssaal des Menschenrechtsrates

Anfang März war ich für einige Tage in Genf. Es war keine Urlaubsreise, obwohl Stadt, See und Alpenpanorama es wert wären, einige erholsame Tage und freie Zeit dort zu verbringen. Aber in diesem Fall war ich auf Einladung von Conscience and Peace Tax International (CPTI), unserer internationalen Dachorganisation in die Schweiz gefahren, um zu sehen, wie politische Interessenvertretung und Lobby-Arbeit bei den Vereinten Nationen (UN) in der Praxis funktionieren. Es war eine Art Hospitation oder Kurzzeit-Praktikum: Ich bewegte mich wie ein freundlicher Schatten und begleitete dabei Derek Brett, unseren langjährigen Vertreter in Genf, zu den Sitzungen des Menschenrechtsrates der UN.

Derek gehört zur Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker); seine Frau arbeitete 21 Jahre lang im Verbindungsbüro der Quäker zur UNO in Genf. Sie brachte ihn vor langer Zeit mit Dirk Panhuis (Belgien) und Bart Horeman (Niederlande) in Kontakt, als CPTI einen Repräsentanten bei den UN suchte, nachdem es dort als Nichtregierungs-Organisation (NRO) akkreditiert worden war. Seit 2002 ist er nun offizieller Lobbyist für CPTI und hat zwischendurch auch einige Zeit den Internationalen Versöhnungsbund (IFOR) vertreten. In den Anfangsjahren gab es noch eine Finanzierung für diese Arbeit durch die Joseph Rowntree Foundation aus Großbritannien, doch seitdem diese ausgelaufen

ist, übernimmt er die Vertretung in Genf ehrenamtlich. Dafür sind wir Derek ausgesprochen dankbar.

Doch warum ist es überhaupt sinnvoll, in diese Vertretung bei den UN so viel Zeit, Engagement und Energie (und auch ein bisschen Geld) hineinzustecken? Was hat der Menschenrechtsrat in Genf mit der Zivilsteuer hier bei uns in Deutschland zu tun? Um mich einer Antwort anzunähern, möchte ich zunächst einmal Volker Türk zitieren; er ist ein österreichischer Diplomat und der Menschenrechtsbeauftragte der UN, der die 58. Sitzung des Menschenrechtsrats im Frühjahr 2025 mit folgenden Worten eröffnete: „Krieg ist die ultimative Menschenrechtsverletzung. Bestehende rechtliche Rahmenbedingungen werden eklatant missachtet. Zivilisten werden vorsätzlich angegriffen. Sexuelle Gewalt und Hungersnot werden als Kriegswaffen eingesetzt. Humanitären Organisationen wird der Zugang verweigert, während Waffen über die Grenzen fließen und internationale Sanktionen umgehen. Es muss sichergestellt werden, dass die Täter für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Das Fehlen der Rechenschaftspflicht führt direkt zum Fehlen von Frieden. Und doch ist die unermüdliche Suche nach Frieden das, was die Welt am meisten braucht. Wir müssen den Frieden auf der Grundlage der Menschenrechte aufbauen.“

Wir erleben ja gerade in den Kriegen unserer Zeit,

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100 % in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International / CPTI* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: www.friedenssteuer.de

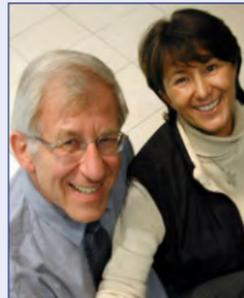
Jean Ziegler

„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: Ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“



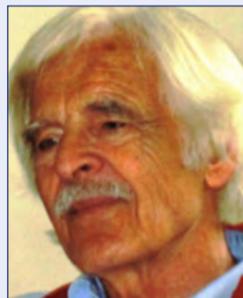
Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“



Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungsausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow

„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“

Martin Arnold

„Ich halte das Netzwerk Friedenssteuer für wichtig, weil ich und viele Menschen in Deutschland und weltweit, die sich für Frieden einsetzen, gegen ihren Willen und ihr Gewissen vom Staat gezwungen werden, durch Steuern zur Kriegsfinanzierung beizutragen. Mein Geld soll für Friedensarbeit investiert werden!“



Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



wie dramatisch wahr diese Worte des UN-Hochkommissars für Menschenrechte sind. Doch in Genf ging es mir natürlich nicht nur darum, wahre Reden direkt aus dem Mund von Herrn Türk und seiner Mitarbeiterinnen anzuhören, sondern zu erfahren, wie wir als NRO-Vertreter uns Gehör verschaffen können. Eine Möglichkeit der aktiven Beteiligung sind die „interaktiven Dialoge“, die sich in der Regel an die Rede-Beiträge der Sonderberichterstatterinnen anschließen; diese hörten wir z.B. zur Freiheit des Gewissens, der Religion oder des Glaubens (Nazila Ghanea), zur Verhinderung von Folter sowie anderer grausamer, inhumaner oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung (Alice Jill Edwards) und über Menschenrechts-Verteidiger (Mary Lawlor). Derek hatte dazu jeweils Stellungnahmen vorbereitet, die teilweise mündlich vorgetragen, teilweise schriftlich eingebracht werden konnten. Wichtig ist dabei natürlich auch die Abstimmung und Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen. So haben CPTI und War Resisters International (WRI) gemeinsam auf eine Lücke im Bericht von Frau

Ghanea hingewiesen: das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gehört unter das Menschenrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, was sie dann in ihrem Abschlussstatement auch zugestanden hat.

Teilnehmen konnte ich auch an einer informellen Konsultation über einen Resolutionsentwurf zur Auswirkung von Anti-Personen-Minen. Diese sind in einem internationalen Abkommen geächtet, dem aber nicht alle Mitglieder der UN beigetreten sind. Die Verweigerer waren dann auch der Ansicht, dass der Einsatz von Anti-Personen-Minen nichts mit Menschenrechten zu tun habe, höchstens das Thema Minen-Räumung und medizinische und soziale Versorgung von Minen-Opfern. Zum Glück war diese Position in der Minderheit; allerdings gibt es sehr bedenkliche Entwicklungen, dass nämlich Länder wie Litauen oder Polen aus dem Abkommen austreten wollen, weil sie der Ansicht sind, dass sie zur militärischen Verteidigung gegen Russland auf diese Waffengattung nicht verzichten können. Eine weitere Veranstaltung außerhalb der offiziellen Tagesordnung, organisiert von WRI zum Thema Kriegsdienstverweigerung in der Türkei, musste leider auf den nächsten Tag verschoben werden, als ich dann schon wieder im Zug nach Deutschland saß.

Bei all diesen Berichten und Diskussionen wurde sehr deutlich, wie eng Menschenrechtsfragen mit Friedensthemen bzw. der Eindämmung, Begrenzung und letztlich Abschaffung von Militär zusammenhängen, auch wenn die Begriffe der Militärsteuerweigerung oder Friedenssteuer nicht ein einziges Mal gefallen sind. Aber schließlich, als ich schon längst wieder zuhause war, gab es doch noch einen Punkt auf der Agenda, bei dem es um Militärausgaben ging.

Prof. Attiya Waris aus Kenia, unabhängige Expertin für Auslandsschulden, andere finanzielle Verpflichtungen sowie Menschenrechte im Büro des Hochkommissars Volker Türk, veröffentlichte einen Aufruf zur Vorbereitung ihres Jahresberichts unter dem Titel „Den Frieden finanzieren“, den sie bei der 80. Vollversammlung der Vereinten Nationen einbringen wird. Staaten und NROs können zu einigen vorgegebenen Fragen Stellung nehmen und eine dieser Fragen lautet: „Wie können nationale Haushalte umstrukturiert werden, um die Ressourcen von den Militärausgaben auf die Friedenskonsolidierung und Entwicklung zu verlagern? Welche Strategien können angewandt werden, um ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und sozioökonomischer Entwicklung in Staaten nach Konflikten herzustellen?“ Dies bot Derek die Gelegenheit, die Idee der Friedenssteuer in die Diskussion zu bringen und einen Beitrag abzuliefern, den wir auszugsweise im umseitigen Kasten dokumentieren.

Klaus Waiditschka

INHALT

Menschenrechte und die Finanzierung des Friedens	1
Wer wir sind und was wir wollen	2
Stellungnahme zum Aufruf „Den Frieden finanzieren“	4
Möchten Sie Steuern zahlen für den Krieg?	4
Ökumenisches Friedenszentrum in Hannover	6
Friedensfähig werden! – Ein Friedensruf von Christinnen und Christen	7
Nicht in unserem Namen! – Zur deutschen Rolle im Gaza-Krieg	8
Bombenentschärfung: Blindgänger nicht nur in Köln gefährlich	10
Die Ukraine vor dem 3. Jahrestag des Überfalls – Reisebericht	12
Begegnungen im Zug	15
Statt Veteranentags-Feier: Konzert für die unbekanntesten Deserteur*innen in Berlin	16
Nuclearban-Rennrad-Tour in der Welt-Friedensstadt Baden-Baden	17
Netzwerk intern	18
Kurz & bündig	20
Materialliste	23
Adressliste, Termine	24

Stellungnahme zum Aufruf

„Den Frieden finanzieren“ (Auszug)



Derek Brett

Wir sind der Überzeugung, dass Ausgaben, die letztlich in den Krieg fließen, keine legitime Verwendung der Staatseinnahmen darstellen und dass die Bürger, indem sie mit ihren Steuerzahlungen dazu beitragen, sich mitschuldig machen, so wie eine Person, die einen Mord finanziert, zumindest als Mitschuldiger gilt. Wir sind der Meinung, dass der Einzelne das Recht haben sollte, sein Gewissen nicht auf diese Weise zu verletzen, so wie es heute international anerkannt ist, dass der Einzelne das Recht hat, aus Gewissensgründen den obligatorischen Militärdienst zu verweigern.

Wir würden sogar behaupten, dass in dem Maße, in dem die Staaten weniger auf große stehende Heere als auf hochentwickelte und teure Waffen angewiesen sind, die Einberufung zum persönlichen Militärdienst weitge-

hend durch die finanzielle Einberufung ersetzt worden ist. Während die Wehrpflicht zum Beispiel in Europa im letzten Jahrhundert fast universell war, gibt es heute nur noch in einer sehr kleinen Minderheit der europäischen Länder eine Wehrpflicht, aber alle erheben Steuern und geben weiterhin einen beträchtlichen Teil ihrer Haushalte für Militärausgaben aus. Darüber hinaus gibt es nur sehr wenige Staaten, die weniger als ein halbes Prozent ihres BIP für Militärausgaben aufwenden; für alle außer den kleinsten Volkswirtschaften entspricht ein halbes Prozent in Wirklichkeit Dutzenden von Millionen von Dollar.

Wir konzentrieren uns zwar auf die individuelle Gewissensfreiheit, aber das entbindet uns nicht davon, zu der allgemeinen politischen Frage Stellung zu nehmen. Genauso wie ein individueller Kriegsdienstverweigerer es vorziehen würde, dass niemand in den Krieg zieht, möchte der Kriegssteuerweigerer nicht nur persönlich entlastet werden, sondern wünscht sich von Herzen eine Reduzierung und letztendlich eine Abschaffung der Militärausgaben.

Derek Brett, CPTI

Gastbeitrag

Möchten Sie Steuern zahlen für den Krieg? Diese Christen weigern sich Kriegssteuerweigerung in den USA

Für viele ist die Zeit der Steuererklärung die oft hinausgezögerte, lang gefürchtete Zeit des Jahres, in der man versucht, sich an die Unterschiede zwischen den verschiedenen Formularen zu erinnern, seine Steuer-Nummer zu finden und sicherzustellen, dass alle Unterlagen in Ordnung sind. Andere hingegen sehen diese Zeit als eine Gelegenheit, ihr spirituelles Bekenntnis, nicht für Krieg zu zahlen, zu bekräftigen. Kriegssteuerweigerer sind Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, die sich mit verschiedenen Methoden gegen die Bundessteuer wehren. Viele sind von dem historischen Widerstand der Täufer, Quäker oder Katholiken inspiriert und glauben, dass sich die Anweisungen Jesu zur Gewaltlosigkeit auch auf ihre Finanzen erstrecken.

„Ich akzeptiere meine Verpflichtung, Steuern zu zahlen, aber aufgrund dieser Theologie der historischen Friedenskirchen, die ein wesentlicher Bestandteil meines Glaubens ist, denke ich, dass Krieg und Kriegsvorbereitungen dem Willen Gottes widersprechen, wie er in den Lehren Jesu offenbart wird“, sagte H. A. Penner, ein Mennonit und lebenslanger Kriegssteuerweigerer, gegenüber Sojourners.

„Daher zwingt mich mein Gewissen, mich der Zahlung von Steuern zu widersetzen, die Kriege finanzieren. US-Steuerzahler sollten das Recht haben, nicht zu töten.“

Für diejenigen, die sich dafür entscheiden, Steuerweigerer zu werden, gibt es viele Methoden des Widerstands. Penner und seine Frau Barbara gehören zu denjenigen, die einen symbolischen Teil ihrer Bundessteuern zurückhalten; die Penners halten 10,40 Dollar zurück, als Anspielung auf das Formular 1040, das zur Einreichung der persönlichen Bundessteuer verwendet wird. Andere Kriegssteuerweigerer halten zwischen 1 Dollar und der Hälfte ihrer Steuerschuld zurück, da einige Anti-Kriegs-Aktivisten schätzen, dass etwa die Hälfte der Einkommenssteuern für Kriegszwecke verwendet wird. Obwohl das Zurückhalten solcher Beträge nur eine symbolische Geste zu sein scheint, sagen Befürworter, dass es dennoch einen Zweck erfüllt.

„Letztendlich ist es immer noch ein Akt des Widerstands, der den Steuerbehörden Probleme bereitet, aber das Risiko für den Einzelnen wird viel geringer und hoffent-

lich besser zu bewältigen“, sagte Lincoln Rice, Koordinator des National War Tax Resistance Coordinating Committee (NWTRCC), gegenüber Sojourners. Die Verweigerer profitieren finanziell in der Regel nicht von ihrem Widerstand, da die meisten den einbehaltenen Betrag an Friedensgruppen oder Hilfsorganisationen weiterleiten. Die Mennonite Church USA verfügt über einen Church Peace Tax Fund, der Friedensbildungsmaßnahmen und einzelne Kriegssteuerweigerer unterstützt.

Auch wenn die über Jahrzehnte einbehaltenen Gelder vielleicht nur „einem Teil eines Flügels eines Kampfjets“ entsprechen, sagte Rice, dass der umgeleitete Betrag für eine lokale Organisation einen großen Unterschied machen könnte. Diese Form des Widerstands verdoppelt ihre Wirkung, indem sie das, was die Regierung für den Krieg vorgesehen hat, für den Frieden einsetzt.

Unabhängig von der Methode können Sie davon ausgehen, dass Sie ein Einschreiben vom Finanzamt erhalten, wenn Sie einen Teil Ihrer Steuern zurückhalten, sagte Rice. Er erklärte, dass die Taktik hauptsächlich darin besteht, Drohbriefe zu verschicken, Strafen auf den geschuldeten Betrag aufzuerlegen und gelegentlich Löhne zu pfänden oder Gelder über ein Bankkonto zu beschlagnahmen.

NWTRCC hat seit 1950 nur einen Fall gefunden, in dem ein Kriegssteuerweigerer inhaftiert wurde. Und seit 2000 hat das NWTRCC keinen Fall mehr gefunden, in dem das Finanzamt das Eigentum eines Kriegssteuerweigerers beschlagnahmt hat. Einige Verweigerer entscheiden sich zwar für die Zahlung, aber sie leisten diese in Form von Tausenden von Münzen, Scheinen oder Schecks – oder stellen den Scheck sogar auf einen Sarg aus, um symbolisch für den Tod zu bezahlen –, alles Methoden, die der Steuerbehörde zusätzliche Arbeit bereiten und die Verweigerer als legitime Form des Protests ansehen.

Für andere hingegen haben die mit der Verweigerung der Steuerzahlung verbundenen Risiken – und andere Bedenken hinsichtlich des ökologischen Kollapses – dazu geführt, dass sie unterhalb des Steuerfreibetrags leben. Kathy Kelly, eine prominente Friedensaktivistin und Autorin, begann Anfang der 1980er Jahre mit der Kriegssteuerweigerung und hat seitdem keine Bundessteuern mehr gezahlt. Als Kelly ihr Verständnis für die Folgen des Militarismus vertiefte, schien es notwendig zu sagen: „Ich kann mich nicht guten Gewissens abwenden und genau für das bezahlen, wogegen ich mich einsetze“, erzählte Kelly Sojourners. „Es gab das Gefühl, dass man klar sprechen und persönlich bezahlen musste, und die Verweigerung der Kriegssteuer war ein Mittel, dies zu tun.“

Als Kelly anfang, sich zu weigern, Steuern zu zahlen, ließ sie ihren Arbeitgeber ihr Gehalt unter die Steuergrenze senken. Als die Steuerbehörde versuchte, ihr Gehalt für ihre nicht gezahlten Steuern und Strafen zu pfänden, kündigte sie ihren Job und beendete das Jahr als Freiwillige. Kelly sagte, dass sie die Steuerbehörde im Grunde zu ihrem „spirituellen Begleiter“ gemacht habe, da ihr Engagement sie

dazu zwang, mit einem reduzierten Einkommen zu leben. Rice und Kelly leben beide unterhalb der Steuergrenze, nachdem sie ihre früheren Arbeitgeber gebeten hatten, ihre Gehälter zu reduzieren. Einige Steuerweigerer nutzen verschiedene Steuerschlupflöcher, während andere einfach zu einer nachhaltigen, agrarischen Lebensweise übergehen.

Kyle und Katy Chandler-Isacksen, die auf einem halben Hektar großen städtischen Grundstück in Reno, Nevada, leben, praktizieren seit über einem Jahrzehnt ein einfaches Leben, um sich gegen Kriegssteuern, den Klimawandel und andere Ungerechtigkeiten der heutigen Gesellschaft zu wehren. Obwohl sie sich als nicht religiös bezeichnen, ist ihre Praxis des einfachen Lebens oft mit den lokalen Quäkerversammlungen und den übergeordneten Philosophien des Catholic Worker Movement (Katholische Arbeitnehmerbewegung) verflochten und von diesen gefördert worden.

„Wir fanden die Quäker historisch gesehen sehr inspirierend, mit ihrer direkten Verbindung zu Gott, ihren Werten der Einfachheit und ihrer Geschichte als Friedenskirche“, sagte Kyle Chandler-Isacksen. „Das hat uns definitiv beeinflusst.“ Er sagte, dass die Verfolgung, wohin ihr Geld floss – und wie es sich auf andere auswirkte –, sie dazu veranlasste, einfach zu leben. Sie leben nun ohne fossile Brennstoffe, züchten ihre eigenen Tiere und produzieren ihre eigenen Lebensmittel, fahren ein Elektroauto und praktizieren andere Methoden des umweltbewussten Lebens.

In der Geschichte der Vereinigten Staaten sind die Quäker dafür bekannt, dass sie sich im 18. und 19. Jahrhundert gegen Steuern gewehrt haben. Henry David Thoreau veröffentlichte 1849 „Civil Disobedience“ (Ziviler Ungehorsam), nachdem er eine Nacht im Gefängnis verbracht hatte, weil er sich geweigert hatte, solche Steuern zu zahlen, und der Text diente als Inspiration für den Widerstand im nächsten Jahrhundert. Der Höhepunkt der Kriegssteuerweigerung in den USA war in den 1960er und 1970er Jahren. Mit den wachsenden Protesten gegen die Wehrpflicht und den Vietnamkrieg nahm auch der Widerstand zu. Im Jahr 1968 verpflichteten sich rund 500 prominente Schriftsteller und Redakteure – darunter James Baldwin, Daniel Berrigan, Howard Zinn und Gloria Steinem – dazu, einen Teil oder die gesamte Bundessteuer für dieses Jahr nicht zu zahlen.

Mitchell Atencio,
leitender Redakteur bei
Sojourners, einer katholischen
(Online-)Zeitschrift in den USA;
Online-Veröffentlichung vom
12.4.2021, www.sojo.net
(Übersetzung aus dem Englischen:
Klaus Waiditschka)



Infobroschüre zur Kriegssteuerweigerung;
siehe Materialliste S. 23

Ökumenisches Friedenszentrum in Hannover



Auch dieses Jahr lockte der Deutsche Evangelische Kirchentag zur aktiven Teilnahme, diesmal nach Hannover. Frühzeitig wurde bekannt, dass Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung einen eigenen Ort außerhalb der Hannover-Messe als Ökumenisches Friedenszentrum (ÖFZ) beziehen würden. So entstand nach gründlicher Vorbereitung, vor allem durch Aktive aus der württembergischen Landeskirche, vom 1. – 3. Mai in den ver.di-Höfen ein „alternativer Kirchentag“. Die Räume sind der Seminarbereich der Gewerkschaft, mitten in der Stadt und in einer multinationalen, bunten Umgebung.

Der Ausschluss vom offiziellen Kirchentag und dessen Programm schmerzte ein wenig, doch boten die gemieteten Räume und die eigene Programmhöhe mehr Kontinuität für Veranstalter und Gäste. Die Resonanz war überwältigend, immer wieder mussten Interessierte draußen bleiben wegen voller Vortragsräume. Als Netzwerk Friedenssteuer waren wir ein Kooperationspartner, gemeinsam mit 24 weiteren Gruppen, die teilweise eigene Stände hatten und zu Workshops einluden. Die rund 20 000 Euro für Raummiete und Öffentlichkeitsarbeit brachten diese Gruppen, also auch wir, gemeinsam mit weiteren Spendern auf.

Das Organisationsteam des ÖFZ hatte in sorgfältiger Arbeit den Christlichen Friedensruf Hannover 2025 vorbereitet. Dieser Friedensruf mit alt- und neutestamentlichen Aussagen und Konkretionen in 7 Artikeln ruft zur Nachfolge Christi auf, damit zugleich zu Gewaltlosigkeit und Versöhnung. Feindbilder werden hinterfragt über Grenzen hinweg. Es geht um den Kern der christlichen Botschaft, der von unseren Volkskirchen kaum noch sichtbar vermittelt und ge-

lebt wird, besonders in dieser Zeit der psychologischen und politischen Kriegsvorbereitung.

Alle 7 Artikel wurden am 1. Mai in der allgemeinen Versammlung, der Friedenssynode, öffentlich besprochen und der Friedensruf einmütig beschlossen, darin enthalten die Forderung nach dem Recht, Steuern nur für zivile Zwecke zu zahlen. Das allgemeine Ziel ist, friedensfähig statt kriegstüchtig zu werden und den Aufruf in Kirchengemeinden und anderen Gremien bekannt zu machen und zu diskutieren. Unmittelbar nach der Verabschiedung wurde der Aufruf der Presse übergeben.

In Bibelarbeiten und Vorträgen konnte man Margot Käßmann, den EKD-Friedensbeauftragten Bischof Friedrich Kramer, den Badischen Landesbischof i. R. Jochen Cornelius-Bundschuh, den mennonitischen Theologen Fernando Enns, die Theologin Klara Butting und andere erleben und mit ihnen diskutieren. Auch musikalisch boten die drei Tage in den ver.di-Höfen verschiedene Höhepunkte mit neuen und bekannten Friedensliedern, etwa bei der musikalischen Lesung „Entrüstet euch“ mit Margot Käßmann, Bärbel Fünfsinn (Gesang) und Bertold Becker (Piano).

Für das Netzwerk Friedenssteuer hatte unser Vorsitzender Jan Birk einen Workshop vorbereitet mit dem Thema „Kein Geld für Krieg – Zivilsteuergesetz“ mit Informationen, Begründung und Diskussion zu Pro & Kontra. Alle sieben anwesenden Friedenssteuer-Aktiven nahmen daran teil sowie eine kleine Gruppe Interessierter. Die Zumutung, dass wir alle als Steuerzahler Aufrüstung und Krieg lebenslang finanzieren müssen, führt dazu, dass wir einen legalen Ausweg über ein Zivilsteuergesetz erreichen wollen! An unse-

rem Stand hatten wir in den Vortragspausen zahlreiche Gespräche mit Menschen, die sich für unsere Arbeit interessierten, Material mitnahmen und auch etwas spendeten.

Durch den Abstand zum offiziellen Kirchentag kamen vorwiegend „alte Hasen“ in die ver.di-Höfe, jedoch weniger junge Menschen. Diese konnten wir in Kirchen Hannovers bei anderen Veranstaltungen, etwa in der Christuskirche beim permanent-Liedersingen über drei Tage erleben. Und natürlich vor den großen Bühnen in der Stadt, wo sich die

Menge beim Eröffnungsgottesdienst drängte und bis in die Nacht von fetzigen Bands bei Stimmung gehalten wurde.

Informationen und Bilder vom ÖFZ sowie der „Christliche Friedensruf Hannover 2025“ mit angefügten politischen Forderungen:

<https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/friedenssynode-2025/>

Friedensfähig werden! – Ein Friedensruf von Christinnen und Christen

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ lautet die Lehre daraus. Jetzt ist erneut von „Kriegstüchtigkeit“ die Rede. Jesus Christus aber sagt: „Selig sind, die Frieden stiften“. Die aktuellen Kriege sind für uns eine Mahnung zur Umkehr. Gottes Wort ruft uns, friedensfähig zu werden.

1. Du sollst nicht töten! (2. Mose 20,13) Das Tötungsverbot gilt auch angesichts von Krieg und Gewalt. In jedem getöteten Menschen stirbt ein Ebenbild Gottes. Wir können keine Waffen auf andere Menschen richten, weil wir „damit die Waffen auf Christus selbst richteten.“ (Dietrich Bonhoeffer)

2. Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen! (Matthäus 5,44) Es wird gesagt, Aggressoren müssten auf dem Schlachtfeld besiegt oder militärisch zu Verhandlungen gezwungen werden. Jesus Christus mutet uns jedoch zu, unsere Feinde zu lieben. Das bedeutet nicht, Unrecht hinzunehmen. Doch es verlangt, sich von vereinfachendem Gut-Böse-Denken zu lösen und die eigene Mitverantwortung für die Entwicklung von Konflikten zu erkennen.

3. Denn uns ist ein Kind geboren, ein ... Friedefürst. (Jesaja 9,5) Es wird gesagt, wir erlebten eine Zeitenwende, die eine Politik der militärischen Stärke erfordere. Für uns hat sich die Zeitenwende in Jesus Christus ereignet. Wir setzen nicht auf die Gewalt der Waffen, sondern auf Diplomatie und gewaltfreien Widerstand.

4. Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch. (Matthäus 20,25f) Es wird gesagt, Menschen zum Kriegsdienst zu zwingen sei legitim, um Freiheit und Menschenrechte zu verteidigen. Unsere Solidarität aber gilt allen, die den Kriegsdienst verweigern oder sich ihm entziehen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Ebenso das Recht, Steuern nur für zivile Zwecke zu zahlen.

5. Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen. (Matthäus 26,52) Es wird gesagt, Gewaltverzicht sei naiv, unrealistisch und unvernünftig. Jesus aber lehrt uns die Vernunft eines Gewaltverzichts, der die Spirale der Eskalation durchbricht. Krieg produziert ungezählte Tote, Verletzte, Vertriebene und Traumatisierte. Er bedroht das Leben auf unserer Erde, bis hin zur atomaren Vernichtung. Darum treten wir ein für die Rückkehr zur Abrüstung und den Verzicht auf Rüstungsexporte.

6. Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf immer. (Jes. 32,17) Es wird gesagt, die Wirtschaft müsse wachsen. Dies führt ökologisch und sozial in eine Sackgasse. Der Wettstreit um Ressourcen führt zu Kriegen. Die Folgen sind verheerend, vor allem für den globalen Süden. Jesus Christus jedoch hat das Teilen und die Rücksichtnahme gelehrt. Voraussetzung für den Frieden ist eine Wirtschaft, die das Gemeinwohl sowie den Umwelt- und Klimaschutz in den Mittelpunkt stellt.

7. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Speere zu Sicheln... und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen. (Micha 4,3) Es wird gesagt, wir müssten kriegstüchtig werden und Frieden durch Aufrüstung sichern. Wir aber wollen friedensfähig werden. Geld, Zeit, Kreativität und andere Ressourcen müssen in die soziale, kulturelle und ökologische Transformation investiert werden, statt in Waffen und Krieg. Wer Frieden will, muss Frieden üben. Wir beten und arbeiten für eine Kirche, die den Frieden Jesu Christi bezeugt und ausbreitet. Wir treten ein für eine Welt ohne Gewalt. Wir ermutigen uns gegenseitig zu einer Praxis des Friedens – im Vertrauen auf Gottes Frieden.

Verabschiedet auf der Friedenssynode Hannover, 1. Mai 2025

Gastbeitrag

Nicht in unserem Namen! Zur deutschen Rolle im Gaza-Krieg

Das systemische Unrecht, das Israel insbesondere seit 1967 dem palästinensischen Volk antut, und vor allem der seit 2023 wütende Völkermord in Gaza wäre ohne die vielfältige Unterstützung der USA nicht möglich. Allerdings ist hier Deutschland mit seiner „Staatsräson“, die sich über das Recht stellt, der zweite Hauptschuldige. Darüber müssen wir unbedingt sprechen, denn diese Tatsache wird in Deutschland auf vielfältige Weise unterdrückt. Und das können wir nicht so weitergehen lassen, denn was jetzt in Gaza geschieht und geplant ist, übersteigt an Brutalität alles, was wir bereits bisher als Hölle auf Erden gesehen haben. Außerdem trägt die Bundesrepublik aktiv zur Zerstörung der völkerrechtsbasierten Weltordnung bei.

Hier die Fakten. Gerade ist ein Buch erschienen, das einem das Herz zerreißt, geschrieben von Helga Baumgarten, Politikwissenschaftlerin aus Palästina, und dem deutschen Völkerrechtler Norman Paech. Es heißt: „Völkermord in Gaza“. Helga Baumgarten berichtet im Detail bis zum Stand von Januar 2025 zu verschiedenen Aspekten des Völkermords:

1. Die Zerstörung des Gesundheitssektors: Dazu gehören der Mord an Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen und Patient*innen, bis Januar 846 an der Zahl, und über 1300 Verletzte. Ärzte werden auch vom Operationstisch weg verhaftet und in die Foltergefängnisse verschleppt. Sieben Ärzte wurden dort bis Januar bereits zu Tode gefoltert. Krankenwagen wurden gezielt angegriffen. Alle Krankenhäuser in Gaza wurden ganz oder teilweise zerstört. Das begründet Israel mit der Desinformation, dass sich Hamas unter Krankenhäusern versteckt, legt dafür aber keinen Beweis vor. Es geht hier um das zentrale Anliegen des zionistischen Siedlerkolonialismus: Möglichst viele Menschen der indigenen Bevölkerung zu eliminieren.

2. Gezielte Angriffe auf Journalist*innen, damit die Welt möglichst wenig über diese Gräueltaten erfährt. 232 Journalist*innen wurden bisher ermordet – mehr als in irgendeinem anderen Krieg bisher. Zum Vergleich: In beiden Weltkriegen zusammen wurden nur 70 insgesamt gezielt getötet. Sie haben richtig gehört: Israel hat dreimal mehr Journalist*innen gezielt getötet, als dies in zwei Weltkriegen und jedem anderen Krieg geschah.

3. Bis September 2024 hat Israel mehr als 500 Professor*innen und Lehrer*innen und mehr als 10.000 Studierende und Schüler*innen getötet. Ebenso hat es die gesamte akademische Infrastruktur zerstört und alle mehr als 30 Universitäten und Colleges entweder zerbombt oder gesprengt. Und seit eineinhalb Jahren gibt es keinen Schulunterricht für die Kinder, ja auch Schulen werden als Zufluchtsstätten der Bewohner*innen bewusst angegriffen.

4. Kultureller Völkermord: Hier geht es um die Ermordung von Schriftsteller*innen und bildenden Künstler*innen sowie Musiker*innen, um Zerstörung aller Bibliotheken und der meisten geschützten Kulturstätten. Kultureller Völkermord bezeichnet einen wesentlichen Schritt zur Zerstörung einer Nation als Kollektiv.

5. Systematische Ermordung von Kindern, viele von ihnen mit gezielten Kopfschüssen. Über 20.000 der über 56.000 in Gaza ermordeten Palästinenser*innen sind Kinder, darunter fast 800 Babys.

„Wer Frieden sagt, aber mit seinem Gegner nicht sprechen will, in dessen Mund ist das Wort Frieden eine Lüge.“

Martin Niemöller, 1953



Strategie Israels

Inzwischen weiß man auch einiges über die weitere Strategie Israels. Das Ziel ist klar: Mehr als zwei Millionen Einwohner*innen sollen aus Gaza vertrieben, der Küstenstreifen zur Vorbereitung der israelischen Neubesiedlung ethnisch gesäubert werden. US-Präsident Trump hatte diesen völkerrechtlich völlig illegalen Plan bekanntlich Anfang Februar mit seiner zynischen Rede von der „Riviera“ des Nahen Ostens unterstützt. Die Armee habe ihre territoriale Kontrolle über Gaza „drastisch ausgeweitet“, so zitiert die *junge welt* im April die AP.¹ Israel hat nun mehr als die Hälfte des Gebiets besetzt „und drängt die Palästinenser*innen in immer kleiner werdende Landstriche“. Zunehmende Gebiete werden systematisch zerstört, darunter inzwischen drei Korridore, die das Land zerstückeln.

Außenminister Katz gab den „Einwohnern von Gaza“ im April eine „letzte Warnung“, wie er es nannte, und forderte Millionen Palästinenser*innen auf, ihrerseits die verbliebenen Geiseln zu befreien und die Hamas zu vertreiben. Sei dies geschehen, dürften „diejenigen, die dies wünschen, in andere Länder umsiedeln“. Die Alternative wäre „völlige Zerstörung und Verwüstung“. Kein arabisches Land hat der Aufnahme der Vertriebenen bisher zugestimmt.

Breaking the Silence, eine israelische Nichtregierungsorganisation, veröffentlichte einen Report, der Zeugenaussagen von Soldat*innen dokumentiert.² Für die geplante „Pufferzone“ entlang des Grenzzauns um den ganzen Gazastreifen herum berichten die Soldat*innen, dass sie den Befehl erhielten, jegliche Gebäude und Infrastruktur dem Erdboden gleichzumachen und jeden, der den Bereich betritt, zu töten.

Und für alles dies lieferte die alte Bundesregierung Waffen und bedingungslose politische und wirtschaftliche Unterstützung – und die neue will das nicht nur fortsetzen, sondern verstärken. Herr Merz will sogar aktiv das Völkerrecht missachten und den Kriegsverbrecher Netanyahu nach Deutschland einladen, ohne ihn laut Haftbefehl an den Internationalen Strafgerichtshof auszuliefern.³

Im Blick auf dies alles müssten als Erstes die Kirchen öffentlich erklären, dass dies unter dem Namen „Christlich“ Demokratische Union den Namen Christi schändet.

Vor allem aber müssten wir als Bürger*innen

1. an möglichst viele Abgeordnete der Großen Koalition schreiben, dass sofort die Waffenlieferungen gestoppt werden müssen und dass sie in Zukunft alle weitere Kooperation mit dem Staat Israel an die Einhaltung des Völkerrechts binden müssen. Dann ist ein umfassender Friede möglich, der auch das Beste für Israels Sicherheit ist.⁴

2. zu Tausenden auf die Straße gehen und die Palästinenser*innen auf den Solidaritätsdemos nicht allein lassen. Nicht in unserem Namen – darf Deutschland den Völkermord und alle Kriegsverbrechen Israels in Palästina weiter unterstützen.

Ulrich Duchrow

Einer, der in der Weltkirche zu Hause ist, feierte Geburtstag: Pfarrer Prof. Dr. Ulrich Duchrow wurde am 13. Juni 90 Jahre alt. Er war u. a. von 1979 bis 2000 Regionalbeauftragter für Mission und Ökumene der Ev. Kirche in Baden und ist seit vielen Jahren ein Unterstützer des Netzwerk Friedenssteuer (siehe Seite 2). Seine Erfahrungen hat Ulrich Duchrow in seinem soeben erschienenen Buch „Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben. Erfahrungen, Kämpfe und Visionen in der weltweiten Ökumene“ aufgeschrieben. Dieser Gastbeitrag ist eine etwas gekürzte und aktualisierte Version der Rede, die er beim Ostermarsch in Heidelberg gehalten hat.

1 Vgl. <https://www.jungwelt.de/artikel/497817.krieg-gegen-gaza-israel-schafft-fakten.html>.

2 https://www.breakingthesilence.org/il/inside/wp-content/uploads/2025/04/Perimeter_English-2.pdf.

3 <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/friedrich-merz-einladung-benjamin-netanjahu-trotz-haftbefehls-des-istgh>.

4 Vgl. <https://www.other-news.info/the-time-has-arrived-for-a-comprehensive-middle-east-peace/>.

Gastbeitrag

Bombenentschärfung: Blindgänger nicht nur in Köln gefährlich

In Köln wurden drei Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft. Die Stadt erlebte die größte Evakuierung ihrer Nachkriegsgeschichte. Doch das zugrunde liegende Problem reicht weit über Köln und Deutschland hinaus.

Verantwortlich für die Kölner XXL-Evakuierung waren drei schwere Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg, die bei vorbereitenden Sondierungen für Straßenbauarbeiten an der Deutzer Brücke entdeckt wurden: eine Zehn-Zentner-Bombe und zwei Zwanzig-Zentner-Bomben amerikanischer Herkunft. Die Bomben mit Aufschlagzünder durften aus Sicherheitsgründen nicht bewegt werden. Die letztendlich geglückte Entschärfung vor Ort war die einzige Option und erforderte die großflächige Räumung ganzer Stadtviertel.

Der Tag, an dem Köln stillsteht

Rund 20.500 Menschen mussten am Mittwoch dafür ihre Häuser verlassen. Krankenhäuser und Altenheime wurden evakuiert und die Patienten und Bewohner in andere Einrichtungen gebracht. Auch 58 Hotels mussten schließen und ihre Gäste auf andere Unterkünfte verteilen. Bombenentschärfungen in Großstädten sind logistische Mammutaufgaben, mit denen Deutschland jedoch vertraut ist.

Allein in Nordrhein-Westfalen wurden im vergangenen Jahr mehr als 1600 Bomben entschärft. Ein Grund für den

deutlichen Anstieg ist die zunehmende Bautätigkeit: neue Glasfaserleitungen, Brückensanierungen und der Umbau des Straßennetzes. Wo gegraben wird, kommen oft Kriegsalasten zum Vorschein.

Tägliche Routine mit Sprengkraft

Besonders häufig betroffen sind Ballungsräume wie das Ruhrgebiet, Hamburg oder Berlin, die allesamt ehemalige Hauptziele alliierter Bomberflotten waren, bei denen auch zivile Infrastrukturen ins Visier genommen wurden. Neben Nordrhein-Westfalen ist auch Brandenburg stark belastet. Dort sammelten Kampfmittelräumer im Jahr 2024 unter anderem 90 Minen, 48.000 Granaten, 500 Brandbomben und 450 mehr als fünf Kilogramm schwere Sprengbomben sowie rund 330.000 Patronen.

Auch in vielen Nachbarstaaten ist das Problem allgegenwärtig. In Frankreich und Belgien wird regelmäßig Munition aus den Weltkriegen gefunden, vor allem aus dem Ersten Weltkrieg, in Regionen wie Verdun oder der Somme. In Italien hatte die Dürre in der Po-Ebene vor drei Jahren alte Sprengkörper an die Oberfläche gebracht. In Großbritannien musste 2021 eine deutsche Fliegerbombe (1000 Kilo) in Exeter kontrolliert gesprengt werden, wodurch mehr als 250 Gebäude beschädigt wurden.



Notunterkunft für Evakuierte in Köln

© Björn Kleitzinger/DW

Ein globales Problem

Besonders kritisch ist die Lage in Polen und Tschechien. Auch dort lagern tonnenweise nicht explodierte Kampfmittel aus den Weltkriegen im Boden. In Swinemünde wurde im Jahr 2020 eine fünf Tonnen schwere britische „Tallboy“-Bombe entschärft. In Tschechien kam es zuletzt auch zu tödlichen Unfällen. Auf dem Balkan sind es vor allem die Überreste der Kriege der 1990er Jahre, die bis heute Menschenleben gefährden. Ein Ende der Räumungen ist auch dort nicht absehbar.

Auf anderen Kontinenten ist die Lage sogar noch schlechter. In Vietnam sterben noch immer Menschen durch US-Streubomben aus dem Vietnamkrieg. In Laos sollen sich laut UN-Angaben derzeit noch mehr als 80 Millionen explosive Kriegsreste im Boden befinden - Überbleibsel eines kaum bekannten Luftkriegs mit über 500.000 US-Angriffen zwischen 1964 und 1973. Auch in Syrien, im Irak oder in Gaza liegen Minen und Sprengsätze, häufig in Gebieten ohne funktionierende Strukturen zur Kampfmittelbeseitigung.

In Deutschland tragen die Länder den Großteil der Kosten, da es sich bei den Bomben meist um „alliierte Munition“ handelt. Der Bund muss rechtlich nur für Altlasten des ehemaligen Deutschen Reiches aufkommen. Mehrere Initiativen der Bundesländer, dem Bund mehr Verantwortung zu übertragen, blieben bislang erfolglos. Mit rund 20 Millionen Euro belastete im vergangenen Jahr die Kampfmittelbeseitigung allein das Budget von Nordrhein-Westfalen.

Ein Wettlauf gegen die Zeit

Dass die Kampfmittelräumer irgendwann arbeitslos werden, ist nicht zu befürchten. Fachleute gehen davon aus, dass allein in Deutschland noch Zehntausende Blindgänger im Boden liegen - bis zu 100.000 Tonnen Bomben und Munition.

Die Digitalisierung alter Luftaufnahmen und moderne Sondierungstechniken helfen zwar bei der Gefahrenminimierung, doch bleibt jede Entschärfung ein Wettlauf gegen die Zeit. Mit zunehmendem Alter der Bomben steigen Korrosion und Explosionsgefahr. Zudem wird die Entschärfung immer schwieriger, da es im Inneren der Bombe zwischen Zündergehäuse und Sprengstoff mit der Zeit zu chemischen Veränderungen kommt.

Sonderfall Ukraine

Besonders dramatisch ist die Situation in der Ukraine. Seit Beginn der russischen Invasion ist das Land flächendeckend mit Minen, Streubomben und anderen explosiven Kriegsresten verseucht. Bis zu ein Viertel des gesamten Staatsgebiets ist davon betroffen.

Über eine halbe Million explosive Objekte wurden bereits entschärft, Millionen weitere bleiben jedoch bestehen. Die humanitären und wirtschaftlichen Folgen sind enorm: Hunderte Zivilisten starben, große Teile der Agrarflächen sind

nicht nutzbar und die Ernteausfälle verschärfen die Wirtschaftskrise. Die Entminung nach einem möglichen Ende der Kämpfe dürfte zur Jahrhundertaufgabe werden.

Andreas Noll

Erstveröffentlichung: Deutsche Welle vom 04.06.2025
(<https://www.dw.com/de/bombenentsch%C3%A4rfung-blind-g%C3%A4nger-nicht-nur-in-k%C3%B6ln-gef%C3%A4hrlich/a-72788073>)

Kosten der Kampfmittelbeseitigung in NRW 2024

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, dass ein Krieg, auch wenn er nun schon 80 Jahre vorbei ist, eben immer noch nicht ganz vorbei ist, sondern weiterhin gefährlich und mit hohen Kosten verbunden bleibt. Im vergangenen Jahr wurden 1.606 Bomben (2023: 1.133) in Nordrhein-Westfalen entdeckt und unschädlich gemacht. Dazu gehören neben 182 Bomben ab einem Gewicht von 50 Kilogramm und mehr auch Nebel-, Brand-, Splitter- und kleinere Sprengbomben. Im Rahmen von Bautätigkeiten wurden die Kampfmittelbeseitigungsdienste insgesamt 35.567 (2023: 32.162) mal beteiligt. Aus dem Landeshaushalt wurden knapp 20 Mio. Euro aufgewendet. Dem gegenüber standen Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf nicht bundeseigenen Flächen in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro sowie 0,6 Mio. Euro für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel für das Jahr 2024. Ein weiterer großer Posten waren die Personalkosten der staatlichen Beseitigungsdienste mit ca. 6,8 Mio. Euro.

Quelle: NRW-Innenministerium, 18.03.2025

Kampfmittelbeseitigung im Meer

An einer UN-Ozeankonferenz nahmen Vertreter von etwa 130 Staaten teil. Die USA entsandten erstmals keine offizielle Delegation, sondern lediglich zwei Beobachter. Neben einer bereits weitgehend ausgehandelten Erklärung zum Schutz der Ozeane legten zahlreiche Staaten ihre Selbstverpflichtungen vor. Deutschland will eine schwimmende Plattform bauen, um Weltkriegsmunition aus dem Meer zu bergen und zu vernichten. Dies ist einer der deutschen Beiträge zum Meeresschutz, die Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) auf der UN-Ozeankonferenz in Nizza vorgestellt hat. „Auf dem Grund von Nord- und Ostsee liegen viele hunderttausende Tonnen versenkter Altmunition. Das ist eine Gefahr für Menschen und Meeresumwelt“, sagte Schneider in seiner Rede vor den Delegierten zahlreicher Länder. Ein mit 100 Millionen Euro ausgestattetes Programm zur Munitionsbergung solle langfristig fortgesetzt werden, fügte er hinzu.

Quelle: Tagesschau vom 10.6.2025

Die Ukraine vor dem 3. Jahrestag des Überfalls

Reisebericht

Die Idee zu einer ersten Reise in die Ukraine wurde auf dem Aktiventreffen von Sicherheit neu denken im Juli 2022 konkretisiert und mündete in einer Fahrt von Ina Darmstädter und Jan Birk nach Odesa, mit einer engen Anbindung an eine kleine und eine große Gruppe aus dem Kreis von Sicherheit neu denken. Es folgten Fahrten nach Odesa im November 2022 und Februar 2023 (1. Jahrestag des Überfalls). Im November 2023 hat Jan Birk den Pazifisten Yurii Sheliashenko bei Prozessen vor zwei Gerichten in Kyiw begleitet.

Ausgangssituation

Aufgrund vorheriger Reisen in die Ukraine besteht eine Reihe von Kontakten zur Zivilgesellschaft in Odesa, Chisinau (Moldawien; hier leben zahlreiche Ukrainer, namentlich Künstler) und (weniger) in Kyiw. Ziel der Reise war es, neben einer Festigung dieser Kontakte die Stimmung am 3. Jahrestag des Überfalls aufzunehmen, dort über die hiesige Situation zu berichten und hier über die dortige, und vor allem das Banner des Pazifismus hochzuhalten.

In der Ukraine gibt es keine zivile Luftfahrt mehr, aber eine beeindruckende Eisenbahn und zahlreiche Busse. Diese gelten als sicher. Ich bin also mit dem Zug erst über Polen nach Kyiw und dann nach Odesa gefahren, dann mit dem Bus nach Chisinau, von dort mit dem Flugzeug nach Hamburg.

Die Bedrohungslage

In meiner ersten Nacht in Kyiw wurde die Stadt mit Raketen angegriffen. Ich wurde wach von 20 Explosionen, der Klang gleicht nichts, was man kennt, am ehesten einer Klangschale. Es folgten zahlreiche Drohnenalarme in Kyiw, das Gleiche wiederholte sich in Odesa, wo ich mir unbekannte Flugobjekte am Nachthimmel sah, wahrscheinlich die ukrainische Luftabwehr.

Die Angriffe gelten Wohngebieten, Schulen, ziviler Infrastruktur. Der Raketenangriff auf Kyiw kostete einen Menschen das Leben, drei Menschen wurden verwundet, etliche Menschen verloren – zumindest vorübergehend – ihre Wohnung, und das bei Temperaturen zwischen -1° und -12°, in der Nähe von Yurii Scheljashenkos Wohnung. Der Raketenangriff auf Odesa zerstörte die Wärmeversorgung für 250.000 Menschen. Das Ziel ist offensichtlich, die Bevölkerung mürbe zu machen, nicht, sie zu vernichten.

Für die Alarmierung kann man sich eine App auf sein Mobiltelefon laden und die eigene Region eingeben; sie benutzt Ukrainisch oder Englisch. Ein Beispiel: am 23. Februar gab es in Odesa zwischen 4:46 und 22:28 sechs mal Alarm für jeweils 45 bis 65 Minuten.

Tatsächlich reagiert aber niemand erkennbar auf diese Alarmierungen. Ich habe gefragt, warum das so ist. Die lauteste Antwort war: „Wir lassen uns nicht von Putin verrückt machen.“ Es mag dort andere Erklärungen geben, so die, dass es schlicht nicht möglich ist, ein einigermaßen normales Leben zu führen, wenn man jedes Mal zu jeder Tages- und Nachtzeit den Schutzraum aufsucht. Oder die, dass man so häufig mit Alarm konfrontiert war, ohne dass man getroffen wurde. Tatsächlich verhalten sich die Menschen so, wie Ludger Bregmann es in seinem Buch „De meisten menschen deugen“, deutsch „Im Grunde gut“, für die Reaktion der englischen Zivilbevölkerung auf die deutschen Bomben und die der deutschen Zivilbevölkerung auf die englischen Bomben im zweiten Weltkrieg beschreibt: Es reizt zum Widerspruch und lässt die Menschen zusammen rücken. Und schließlich hört man: „In Kyiw (und Odesa) gibt es eine effiziente Drohnen- und Raketen-Abwehr, wir fühlen uns geschützt.“ Wenn in der 3.000.000-Stadt Kyiw ein Mensch getötet wird, ist das Gefühl der individuellen Bedrohung nicht sehr groß.

Das Ergebnis ist ein kaum fassbarer Eindruck von Normalität in den Städten. Auch bei Minusgraden halten sich mehr Menschen im Freien auf als bei uns. Die Supermärkte sind gut gefüllt – so weit über das Maß des Notwendigen hinaus, wie bei uns. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr funktioniert. Es gibt gedruckte Tageszeitungen, so den Neuen Tag in Cherson (einer Frontstadt) und die Volkstribüne. Die Straßen sind voller Autos aus westlicher Produktion, kaum Kleinwagen. Und die weitaus meisten Menschen sind in Art und Qualität gekleidet wie in Deutschland.

Bei genauerem Hinsehen sieht man aber auch, dass Baustellen still stehen, kaputte Fußwege nicht repariert werden, kleine Läden mit Waren ausgestattet sind, aber ohne Personal, und dass mehr Menschen Not leiden als noch vor zwei Jahren.

Sprache und Nation

In Deutschland hört man oft, das Russische sei in der Ukraine verboten. Nein! Russisch wurde als Amtssprache abgeschafft (meiner Meinung nach eine dumme Idee), aber es wird überall gesprochen, auch von Kindern auf dem Spielplatz. Auf Nachfrage hat man mir gesagt, dass insbesondere in den Großstädten (Kyiw hat über 3.000.000 Einwohner, Odesa über 1.000.000) viel Russisch gesprochen wird, auf dem Lande mehr Ukrainisch. Ich habe Gesprächspartner in Odesa, die nach eigenem Bekunden kein Ukrainisch sprechen. Und ich kenne Ukrainer, die die ukrainische Sprache für sich ablehnen. In der Chatgruppe der ukrainischen Bewegung der Pazifisten („Український Рух Паціфістів“) werden Ukrainisch und Russisch nebeneinander benutzt.



Kyiv, Anti-Korruptions-Protest am 23.7.2025

Foto: Sasha Gulich, via Wikimedia Commons

Gleichwohl ist festzustellen, dass die Regierung großen Wert auf die Verwendung des Ukrainischen legt, Zeitungen, Plakate im öffentlichen Raum, der öffentliche Rundfunk Suspilne, das ist alles Ukrainisch. Und die Regierung versorgt ukrainische Kinder im In- und Ausland mit Lese- und Lehrbüchern in ukrainisch.

Meine Absicht war es, auch über die Minderheitenpolitik zu sprechen, denn außer der russischen gibt es eine Reihe anderer Minderheiten, Moldawier, Ungarn, Kosaken... Ich kenne einen Vertreter der moldawischen Minderheit, leider reichte mein Russisch bislang nicht aus, um mit ihm über Minderheitenschutz zu sprechen. Ich bleibe dran, weil ich die Frage der kulturellen Autonomie für wesentlich zur Herstellung und Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Friedens halte. (Ich komme aus Schleswig-Holstein, wo es dänische Kindergärten und Schulen gibt, eine dänische Zeitung und eine Partei der dänischen und friesischen Minderheiten, die in zahlreichen Gemeindevertretungen, im Landtag und im Bundestag vertreten ist. Beispiel gebend!)

Die Zugehörigkeit zum ukrainischen Staat wurde von keinem meiner Gesprächspartner in Zweifel gezogen. Das ist eine Aussage ohne statistische Relevanz. Interessant war das Gespräch mit einer Frau, 46 Jahre alt, die berichtete, dass sie in der Sowjetunion geboren wurde und aufwuchs, dann in der Ukraine wohnte und dann in der Volksrepublik Donezk, ohne ein einziges mal umgezogen zu sein. Jetzt wohnt und arbeitet sie in Kyiw. Sie sieht sich als Kind der Sowjetunion, ohne emotionalen Bezug zu allem, was danach kam.

Drei Schlaglichter auf Kyiw

Das **Sankt Michaels-Kloster** gehört mit zu den historischen Sehenswürdigkeiten. Offiziell. Tatsächlich wurde es in der kommunistischen Ära abgerissen, um Platz für einen kommunistischen Prachtbau zu machen, der dann aber nicht realisiert wurde. Nun steht an gleicher Stelle ein neu errichtetes Ensemble gleichen Aussehens – die ukrainische Version des Berliner Stadtschlosses. An der Mauer des Klosters sind zahlreiche Portraits gefallener Soldaten und Blumen – keine Portraits von 2024 und 2025, da war der Platz schon vollständig belegt. Auf dem Platz vor dem Kloster werden beschossene Panzer und zivile Fahrzeuge ausgestellt, darunter ein völlig zerschossener Kleinwagen – eine Anklage gegen den Aggressor.

Auf dem **Majdan** hat die Zivilgesellschaft nach den Wahlen demonstriert, 2004 verlief das friedlich, 2014 gab es Tote. Wer die Schützen waren, ist bis heute umstritten. Auf dem Platz selbst steht eine Ausstellung mit Photos von den Demonstrationen 2004. Ein Beet daneben ist gepflastert mit kleinen ukrainischen Fahnen und Porträts. Hier stehen auch eine deutsche und eine französische Fahne und erinnern an den Tod von Kombattanten.

Am Sonntag Morgen fand an einer Kreuzung zweier Hauptverkehrsstraßen ein lautstarker Autokorso statt, eine Demonstration für die Freilassung der Verteidiger des **Azov-Stahlwerks**. Am Straßenrand stand eine Gruppe von mehr als 100 Menschen, teilweise mit Schrifttafeln. In

Deutschland sind die Azov-Kämpfer vor allem als faschistische Kampfgruppe bezeichnet worden. In der Ukraine sieht man allenthalben den Schriftzug „Free Azov“. Ich vermute, dass dies nicht nur eine Forderung vom rechten Rand des politischen Spektrums ist.

Schlaglicht auf Odesa

Odesa beeindruckt durch seine Architektur, weniger durch deren Zustand. Gegenüber meinen Besuchen 2022 und 2023 ist die **Atmosphäre** deutlich lockerer geworden. So sind die Eingänge zu den Häusern nicht mehr so sorgfältig geschlossen und die Sperrn, die einen am Betreten des Ufers und der dortigen Parks gehindert haben, sind weitestgehend entfernt. Bei schönem Wetter sind viele Menschen am Strand spazieren. Gleichzeitig hat die Zahl der Bettelnden deutlich zugenommen – auf immer noch vergleichsweise niedrigem Niveau. Im Hafen liegen Schiffe und fahren LKWs mit Containern – auch das auf niedrigem Niveau.

Der Krieg in der Ukraine – wir müssen reden

Wenn ich in der Ukraine bin, berichte ich von den Auswirkungen des Kriegs auf die Probleme, die wir als Friedensbewegung in Deutschland haben – weniger Verständnis, steigende Militärausgaben und interne Konflikte. Wenn ich wieder in Deutschland bin, höre ich, die Ukrainer sollten die Waffen niederlegen oder mindestens einem Waffenstillstand zustimmen. Was gut klingt, weckt in der Ukraine zwei Befürchtungen:

- dass Russland einen Waffenstillstand nur dazu nutzen würde, die Fortsetzung des Kriegs vorzubereiten nicht aber den Frieden,
- dass mit einem Waffenstillstand die jetzige Situation zementiert wird, also die Eroberung eines erheblichen Teils des Landes durch die russische Armee.

Man assoziiert den Waffenstillstand also nur mit einer Unterbrechung des Sterbens, nicht mit seinem Ende, und mit einer Niederlage.

Ich höre, die Ukrainer sollten die Waffen niederlegen. Wenn sie aufhörten sich zu wehren, werde auch der Krieg aufhören. Ich bitte die, die das vertreten, sich in die Lage von Menschen zu versetzen, die sich den russischen Angriffen ausgesetzt sehen, Angriffen auf die Zivilbevölkerung. Ich habe einen Drohnenangriff erlebt, ganz in meiner Nähe, wo es keine militärischen Einrichtungen gab. Ich hatte Todesangst. Und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass es kein Argument gegen den Abschuss unbemannter Drohnen gibt.

Als Friedensbewegung kann es uns nicht darum gehen, das Sterben nur einen Moment zu unterbrechen oder der Ukraine eine Unterwerfung unter russische Herrschaft zu

empfehlen. Kant schreibt in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“, »Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewaltthätig einmischen.« In der Tat!

Was also ist die Aufgabe der deutschen Friedensbewegung?



Alexandra Koch, via pixabay.com

Zur Zeit ist es nicht leicht, in der Ukraine über Frieden zu reden. Auf die mit einem – womöglich noch unter Ausschluss der Ukraine verhandelten – Waffenstillstand verbundenen Befürchtungen habe ich hingewiesen. Aber es gilt Gandhis Satz: Gewaltlosigkeit ist das Gegenteil von Nichtstun. Zum einen ist es also unsere Aufgabe, über die vielfältigen **Möglichkeiten zivilen Widerstands** aufzuklären und sie, soweit es in unserer Macht steht, zu unterstützen. Damit hätten wir schon lange anfangen sollen. Yuri Sche-liazhenko und die Ukrainische Bewegung der Pazifisten haben im Dezember 2023 einen Aufruf an Präsident Zelenskij geschickt, er möge unbewaffnete Streitkräfte aufstellen.

Bisher gibt es diesbezüglich nur den Hinweis auf vorhandene Literatur. Wir sollten für unsere Freunde und für uns selbst ein solches Konzept ausformulieren und konkretisieren. Ich habe Yuri auf seinen Wunsch das Buch „Mainstreaming Pacifism“ mitgebracht – ein richtungsweisender Titel! Als ich mit einer Freundin in Odesa darüber sprach und erwähnte, dass es bereits Publikationen über den gewaltfreien Widerstand in der Ukraine gibt, antwortete sie mir, das werde wieder keiner lesen, wir sollten stattdessen einen Clip für Youtube drehen, damit bekämen wir Reichweite. Das sollten wir uns vornehmen.

Und sollte Russland die Ukraine militärisch erobern, schlägt die Stunde des zivilen Widerstands. Dann spätestens sollten wir es als unsere Aufgabe annehmen, den Widerstand dabei zu unterstützen, dass er wirksam ohne Tote geführt wird. (Ohne tote Gegner! Eigene Verluste sind nicht auszuschließen.)

Zum anderen sehe ich unsere Aufgabe darin, **Brücken** über diese Grenzen zu **schlagen**. Es gibt Anknüpfungspunkte. So ist der Respekt vor der russischen Kultur noch nicht erloschen, die Puschkinska-Straße in Odessa heißt noch immer Puschkinska, die russische Sprache bleibt Teil der ukrainischen Kultur. Ich bin sicher nicht der Einzige, der Kontakt sowohl zu ukrainischen wie zu russischen Pazifisten hat. In Deutschland gibt es „Russendiskos“, die von Jugendlichen aus beiden Staaten besucht werden – friedlich. Die Brücken fehlen, aber Stege sind schon da.

Jan Birk, Vorsitzender des Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Begegnungen im Zug

Wenn ich an Wochenenden mit dem Zug unterwegs bin, treffe ich meistens auf nette Bundeswehr-Angehörige. Sie tragen Uniform, wenn sie freitags nach Hause fahren, oder sonntags wieder zurück in die Kaserne, weil sie dann umsonst fahren dürfen. Der Sinn dahinter: sie laufen Werbung für die Bundeswehr und signalisieren ihre Bereitschaft, im Falle eines Krieges für uns Bürger:innen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Potentielle Helden also. Denen man positiv, gar dankbar, begegnen sollte.

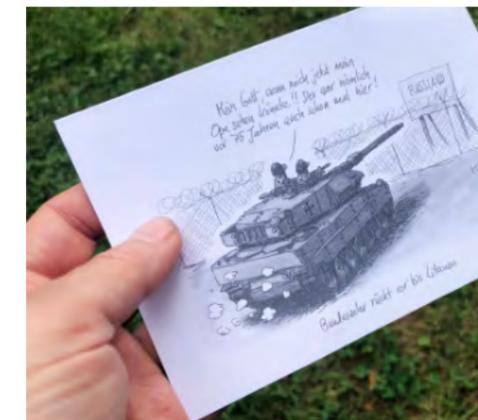
Mir tun die Kerle leid. Aber es irritiert mich auch, dass ausgerechnet professionelle Gewaltanwender das Privileg von gratis Bahnfahrten haben, und viel positivere Berufsgruppen nicht. Und: Ich brauche solche Helden nicht.

Daher fiel mir ein, ihnen das auszudrücken, wenn ich sie im Zug antreffe. Nur wie? Eine Klappkarte ist das Ergebnis. Der Text ist im Kasten nebenan. Für die Verwendung der Karikatur auf der Vorderseite gab mir sein Schöpfer, Klaus Stuttmann, sein Fiat; sehr schön. Die Rückseite habe ich von einer anonymen Postkarte.

Inzwischen habe ich die Karte schon einige Male an Soldaten im Zug verteilt. Es gab keine Reaktionen. Vermutlich müssen die Herren (Damen habe ich noch nicht gesehen) erst mal darüber nachdenken. Wäre doch schön, wenn sie das täten ... Auf jeden Fall erwarte ich keine Gespräche. Hauptsache: Sie sehen, dass nicht alle Zivilisten ihre Waffen-Dienste wünschen.

Wenn auch Sie eine oder mehrere dieser Karten verteilen möchten – sie kosten 50 Cent. Einfach eine eMail an mich oder anrufen (Kontakt siehe letzte Seite). Darüber würde ich mich freuen!

Gertie Brammer



NICHT VON MEINEN STEUERN!

Soldat,
wofür willst du kämpfen?

Doch nicht etwa für MEINE Freiheit?
Das möchte ich nicht.
Denn: Wenn du dabei sterben würdest,
würde ich mich nicht befreit, sondern sehr unwohl fühlen.

Ich will nicht, dass du für mich stirbst.
Ich will nicht, dass du andere tötest,
die gar nicht deine persönliche Feinde sind.
Und auch nicht die Meinen.

Mir liegt nichts an Nationalstaaten.
Ich würde weder für noch gegen 'Deutschland' kämpfen.
Ich setze mich friedlich für soziale Gerechtigkeit ein.
Egal für welche Nationalität.

Soldat,
eine Armee ist nichts anderes als eine Tötungsmaschinerie.
Sie produziert nur Negatives, schon in Friedenszeiten:
Sie verschlingt Unsummen an Steuergelder, die wo anders
besser angelegt wären, und zerstört die Natur.

Gib deine Waffe zurück, Soldat.
Stecke deine Energie und Talente in etwas Positives.

Und die Feinde?
Ich habe keine.
Sie werden nur künstlich aufgebaut:
Durch die Mächtigen in Politik und Wirtschaft,
die niemals selber kämpfen.

Beratung für Kriegsdienstverweigerung:
www.eak.online.de, oder www.dfg-vk.de > informieren >
kriegsdienstverweigerung

Statt Veteranentags-Feier: Konzert für die unbekanntenen Deserteur*innen in Berlin

Kriegsdienstverweigerung ist Menschenrecht. Dazu gehört das Recht auf Asyl!

Zum diesjährigen Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung haben in Berlin Friedens- und Menschenrechtsorganisationen ein Konzert organisiert: Für die unbekanntenen Deserteur*innen. 200 Stühle wurden mit Namen von Menschen bestückt, die aufgrund ihrer Kriegsdienstverweigerung verfolgt sind und nicht zum Konzert kommen konnten. Sie stehen für Hunderttausende, die sich in den verschiedensten Kriegen verweigern, sich dem Dienst entziehen, desertieren. Begleitet wurde das Konzert von Redebeiträgen nationaler und internationaler Sprecher*innen aus Russland, Ukraine, Israel und Angola.

Artem Klyga aus Russland: „Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist kein abstrakter moralischer Grundsatz. Es ist eine Frage von Leben und Tod für Tausende von Menschen. Es ist eine Frage der Freiheit für diejenigen, die sich weigern, sich an Gewalt zu beteiligen – und die nun im Verborgenen, in Angst oder in Abschiebehaftanstalten leben.“

Rudi Friedrich, Connection e.V.: „Kriegsdienstverweigerung ist kein Schönwetterrecht, das nach Belieben ausgesetzt werden kann. Kriegsdienstverweigerung ist als Menschenrecht anerkannt und muss jederzeit in Anspruch genommen werden können. Angesichts der Repressionen, der Verfolgung all dieser Menschen, die sich für das Leben entscheiden, sagen wir hier und heute auch: Verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen und Kriegsgegner*innen brauchen Schutz und Asyl.“

Andrii Konovalov aus der Ukraine: „Politiker*innen führen Krieg und sprechen vom Schutz der Demokratie – aber was könnte eine größere Bedrohung für die Demokratie sein als die Missachtung so grundlegender Rechte wie dem Recht, sich dem Töten zu verweigern?“

Ole Nymo, Buchautor: „Ich bin nicht bereit, für die deutschen Grenzen und für irgendwelche hehren Werte, die gerade hochgehalten werden, zu sterben. Die Staaten benutzen einen als Menschenmaterial, das für die Souveränität im Ernstfall verheizt wird.“

Or, New Profile, aus Israel: „Den Kriegsdienst zu verweigern, bedeutet nicht, ein Held zu sein. Wir tun es nicht, um gesehen zu werden. Wir tun es, um unsere Privilegien zu nutzen – damit die Stimmen derjenigen gehört werden, die unter der Besatzung leiden. Und wir tun es, um nicht Teil jener Ungerechtigkeiten zu sein, die unserem Namen beigegeben werden.“

Emanuel Matondo, Angola: „Ich komme aus einem Land, das unter einem jahrzehntelangen Krieg gelitten hat, das ausgeblutet und zerstört zurückgelassen wurde. Krieg und Militarismus sind zwei Geschwister, die nationalistische und rassistische Gesinnung wie Hass und Ausgrenzung fördern und zementieren.“

An der Aktion vor dem Brandenburger Tor nahmen rund 120 Menschen teil. Gemeinsam wurde an jene Menschen gedacht, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung – das Recht, das Töten zu verweigern – in Anspruch nehmen und sich auf diese Weise aktiv am Widerstand von unten beteiligen. Das trifft mittlerweile auf hunderttausende Menschen in Russland, Belarus, der Ukraine, Israel, Türkei und anderen Ländern zu. Sie desertieren, verweigern den Dienst, verweigern die Befehle oder entziehen sich der Rekrutierung.

Gemeinsam wurde gefordert, die Verfolgung von Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen umgehend einzustellen. Zugleich wurden Europäische Union und die Bundesregierung aufgefordert, verfolgten Kriegsdienstverweiger*innen und Kriegsgegner*innen Schutz und Asyl zu gewähren.



Quelle:
#ObjectWarCampaign – <https://ObjectWarCampaign.org>

Nuclearban-Rennrad-Tour in der Welt-Friedensstadt Baden-Baden



Rund 50 Teilnehmer des alljährlich stattfindenden Nuclearban-Marathon trafen am 22. Juni 2025 beim Zwischenstop an der Fieserbrücke in Baden-Baden ein. Die von Roland Blach und der Pressehütte der Friedenswerkstatt Mutlangen organisierte Tour quer durch Baden-Württemberg möchte an den Atomwaffen-Verbotsvertrag erinnern und Deutschland endlich zur Unterzeichnung auffordern. „Wenn man das Monate vorher bis ins Kleinste vorbereitet und plant, ahnt man ja nicht, welche weltpolitischen Geschehnisse gerade stattfinden, wenn es endlich so weit ist“, räsionierte der Friedensbewegte angesichts der gerade stattfindenden Eskalation des Krieges Israels und der USA gegen den Iran. Nukleare Abrüstung – das sollte im Sinne der Teilnehmenden nicht unbedingt mit bunkerbrechenden Bomben und von einseitig interessierter Position aus herbeigeführt werden.

Begrüßt wurden die bei über 33 Grad ordentlich geforderten Sportler durch die Friedensmahnwache rund um Tina und Klaus Lipps, sowie einem liebevoll und attraktiv bestückten Catering-Stand der Familie von Helga Decker (Decker's Biohof und Bio-Musterregion Baden plus). Die Eisdielen Capri hatte sich dankenswerter Weise bereit erklärt, ihre Toiletten – zusätzlich zu den öffentlich zugänglichen Einrichtungen an der Fieserbrücke – zur Verfügung zu stellen.

Ehregast des Zwischenstops war der Baden-Badener Oberbürgermeister Dietmar Späth, der es sich nicht nehmen ließ, die Radler mit ihrem Begleittross zu begrüßen.

Gerade für Baden-Baden als „Friedenshauptstadt der Welt“ sei es Ehre und Bekräftigung, Teil der Friedensbewegung zu sein. Nicht von ungefähr habe er ja Baden-Baden als möglichen Verhandlungsort für die aktuellen Krisen der Welt – vornehmlich für den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine – ins Gespräch gebracht. Roland Blach erwiderte in seiner Dankesrede, er werde sich im Rahmen der Friedensbewegung dafür einsetzen, dass dieser Vorstoß des Oberbürgermeisters stärker wahrgenommen werde.

Dr. Marduk Buscher

NETZWERK INTERN

Neuer Aufkleber statt Briefmarke

Seit vielen Jahren haben wir Friedenssteuer-Briefmarken verklebt, hergestellt von der Deutschen Post als „Briefmarke individuell“ – und viele im Netzwerk haben das auch getan, insgesamt 81.000 Stück zum jeweiligen Nennwert des aktuellen Briefportos. Politische Forderungen könnten nicht auf Briefmarken gedruckt werden, heißt es nun von Seiten der Post, nachdem das all die Jahre kein Problem war. Aber jetzt passt das offenbar nicht mehr in die Zeit, während die Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen vorangetrieben wird. „Shrinking Spaces“, die Einengung der Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen, wird das in der Soziologie genannt. Als Alternative bieten wir nun Aufkleber in Briefmarkenform an, die jedoch keinen Portowert haben, sondern auf Briefe nur zusätzlich geklebt werden können. Bögen mit je 24 Aufklebern können bei Gertie Brammer (siehe letzte Seite) bestellt werden. Unser Verein freut sich über eine Spende von mind. 2 € pro Bogen mit dem Vermerk ‚Klebemarken‘ auf der Überweisung (Kon- to siehe letzte Seite).



Umzug und Adressenänderungen

Bei jedem Versand der Friedenssteuer-Nachrichten gibt es einige Exemplare, die wieder zurückkommen, weil die gespeicherte Adresse nicht mehr stimmt. Deshalb die herzliche Bitte, bei einem Umzug oder aus anderem Grunde die Adressenänderung rechtzeitig mitzuteilen; damit können Sie sicher sein, dass die nächste Ausgabe bei Ihnen ankommt und wir vermeiden doppelte Arbeit und Kosten. Dies gilt übrigens auch für diejenigen, die die Friedenssteuer-Nachrichten in Zukunft elektronisch beziehen wollen: in beiden Fällen geht der Änderungswunsch an Wolfgang Steuer (siehe letzte Seite), der unsere Adressendatei verwaltet.

Brandneu: Das Video „Kein-Geld-für-Krieg!“

Unser soeben fertiggestelltes Video ist 6 1/2 Minuten kurz und zeigt Leute, die sich zur unfreiwilligen Finanzierung des Militärs usw. äußern – und anderes! Es steht auf unserer Internetseite www.friedenssteuer.de und kann dort angeschaut werden.

Hallo DFG-VK!

Die Deutsche Friedensgesellschaft–Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ist eine der größten und ältesten Organisationen, die sich für den Frieden, Abrüstung und die Rechte von Kriegsdienstverweiger*innen einsetzen. Und wir erleben, dass es Überschneidungen gibt: die Militärsteuerverweigerung ist schließlich „die Schwester“ der Kriegsdienstverweigerung. Beide sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Deshalb ist es eine Bereicherung, wenn Leute aus dem Netzwerk-Friedenssteuer gleichzeitig auch Mitglieder der DFG-VK sind. Die Vorbereitung auf den „Neuen Wehrdienst“ und dessen Verweigerung gehen Hand in Hand mit der Ablehnung der massiven Aufrüstung und horrender Rüstungsausgaben. In beiden Fällen ist unser Gewissen angesprochen; eine Zusammenarbeit liegt darum nahe.

Aber tatsächlich wissen wir gar nicht, wie groß die organisatorische Überschneidung ist, wie viele Menschen sich hier und dort engagieren oder zumindest passive Mitglieder sind. Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und auf sichere Füße zu stellen, wollen wir darum fragen: Wer im Netzwerk Friedenssteuer ist zugleich Mitglied der DFG-VK, wer bringt sich in örtlichen Gruppen ein, wer ist vielleicht in Gremien und Arbeitsgruppen engagiert? Wer möchte, dass Lobby-Arbeit für ein Zivilsteuer-Gesetz an vielen Orten, z.B. den Wahlkreisbüros der Bundstags-Abgeordneten, ein gemeinsames Anliegen wird? Wer möchte KDV-Beratung und Beratung für Militärsteuer-Verweigerung zusammenbringen? Wir bitten Sie und Euch ganz herzlich, sich bei Gertie Brammer (siehe letzte Seite) zu melden. Die weiteren Schritte zur Kooperation wollen wir im Herbst gemeinsam mit all denen entwickeln, die eine Nähe zur DFG-VK haben oder verspüren und zusammen aktiv werden wollen.

Leitfaden zur Militärsteuerverweigerung

Hilfreiche Hinweise für alle, die sich eine Form von Militärsteuerverweigerung als Akt des zivilen Ungehorsams überlegen; die Broschüre ist zu beziehen über www.buchbestell.info für einen Kostenbeitrag von 9,80 € + Versandkosten.



NETZWERK INTERN

Bericht von der Jahrestagung

Unsere öffentliche Jahrestagung 2025 fand von Freitagabend 28. – Sonntagmittag 30. März in der Bad Hersfelder Jugendherberge statt. Auf Freitagabend hatten wir gemeinsam mit der Hersfeld-Rotenburger Friedensinitiative Jürgen Grässlin von der DFG-VK eingeladen, der in der Martinskirche vor ca. 50 interessierten Hörern sein neues Buch „Wie Lichter in der Nacht“ vorstellte. Es schloss sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über aktuelle Fragen zu Krieg und Frieden, Widerstand mit oder ohne militärischer Gewalt an.

Am Samstagvormittag bearbeiteten wir das Thema der Tagung („Rüstungs-Irrweg beenden!“) gemeinsam mit Jürgen Grässlin. Es ging dabei insbesondere um Fragen der Vernetzung und der eigenen öffentlichen Darstellung. Danach folgten Berichte, Erarbeitung einer Liste von z.T. niederschweligen Handlungsempfehlungen sowie Planung von Aktionen für 2025. Unsere Mitgliederversammlung hielten wir am Sonntagvormittag ab incl. Wahlen und Verabschiedung des Haushaltsplans für das laufende Jahr.



Netzwerk-Jahrestagung in Bad Hersfeld

E-Mail-Signatur

Bei der Geschäftspost ist es üblich, im Privaten eher nicht: unter jeder E-mail eine Signatur (gleichlautenden Text) einzufügen. Wir schlagen vor, dass alle Unterstützer des Netzwerks Friedenssteuer diese Unterstützung auch im privaten E-mail-Verkehr zum Ausdruck bringen, indem sie eine solche Signatur verwenden. Textvorschlag: KEIN GELD FÜR KRIEG! – Ich unterstütze www.friedenssteuer.de. Man muss das übrigens nur einmal einrichten, dann erscheint der Text automatisch am Ende jeder E-Mail.



KURZ & BÜNDIG

Trambahnfahrer gegen die Bundeswehrtram

„Es fühlt sich echt mies an, mit so einem Fahrzeug durch die Stadt zu fahren“ – Drei Trambahnfahrer in München weigern sich, eine mit Werbung für die Bundeswehr beklebte Tram zu fahren. Sie können es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren. Den auf der Tram abgedruckten Slogan „Mach, was wirklich zählt“ empfinden sie als Beleidigung für alle Arbeiter*innen, als würde das, was Trambahnfahrer*innen oder andere Arbeiter*innen machen, nicht wirklich zählen.

Quelle: Labourmet.tv, Januar 2025

Kinderferien mit der Bundeswehr

Ein Kinderferienprogramm mit Bundeswehr-Soldaten in der schwäbischen Marktgemeinde Kellmünz ist auf scharfe Kritik von Gewerkschaftsseite gestoßen. Die Gemeinde im Landkreis Neu-Ulm bietet das Programm für sechs bis zwölf Jahre alte Kinder in den großen Sommerferien an. Für einen Kostenbeitrag von zwölf Euro gibt es im August ein zweitägiges „Kinderferienprogramm mit der Bundeswehr!“. Angeboten wird es vom Rathaus Kellmünz in Kooperation mit der „Gefechtsstandstaffel Multinationales Kommando Operative Führung“ für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren. Der bayerische Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hatte von einer «Kinderfreizeit im Fleckarn» gesprochen. «Ich halte ein Ferienprogramm mit der Bundeswehr nicht für altersgemäß und man könnte dahinter den Gedanken der Heranführung an die Bundeswehr im jungen Alter vermuten», meinte Sozialpädagogin Oliver Danner, GEW-Landesvorstandsmitglied.

Quelle: GEW-Magazin, 2.7.2025

Plädoyer für die Freundschaft mit unseren Nachbarn

„... in dieser Abschaffung der Wehrpflicht spiegelt sich ein weltgeschichtlicher Lernprozess, nämlich die auf den Schlachtfeldern und in den Kellern des Zweiten Weltkrieges gewachsene Einsicht, dass diese mörderische Form der Gewaltausübung menschenunwürdig ist – auch wenn dieses einstweilen letzte Mittel zur Lösung internationaler Konflikte, gewiss, nur Schritt um Schritt abgeschafft werden kann. Mich erschreckt, von welchen Seiten die deutsche Regierung, die sich nun zu einer beispiellosen Aufrüstung des Landes anschickt, gedankenlos oder gar ausdrücklich mit dem Ziel der Wiederbelebung einer zu Recht überwunden geglaubten militärischen Mentalität unterstützt wird.“

Jürgen Habermas

(Quelle: Süddeutsche Zeitung 22./23. März 2025)

Recht auf Kriegsdienstverweigerung international unter Druck

In der Ukraine hat die jüngste Welle von Strafverfolgungen, die sich aus der Rücknahme der Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen nach der russischen Invasion ergeben hat, nun zu Verhaftungen geführt – die Zeugen Jehovas Kryuschenko am 17. Januar, Chomenko am 3. Februar, Iwanuschenko am 11. Februar und Nechavuk am 3. März sowie der Baptist Semchuk, der wegen Verweigerung des Waffendienstes nach Zwangsrekrutierung zu fünf Jahren verurteilt wurde. Gegen mehrere andere Verurteilungen ist derzeit ein Berufungsverfahren anhängig, und rund zweihundert Fälle werden derzeit vor Gericht verhandelt. In Turkmenistan wurden die Zeugen Jehovas Wepayu und Rozbayew am 7. bzw. 27. Januar zu „korrigierender Arbeit“ verurteilt. Sie waren die ersten, die seit 2021 wegen Verweigerung des Militärdienstes bestraft wurden. In Israel verbrachte Itamar Greenberg 197 Tage im Gefängnis, die längste Inhaftierung eines Wehrdienstverweigerers aus Gewissensgründen seit zwei Jahrzehnten.

Derek Brett, Genf

Aufruf zu Demonstrationen am 3. Oktober

Wenn Deutschland die gewaltfreie Revolution und anschließende Vereinigung der beiden deutschen Staaten feiert, werden in Berlin und Stuttgart zwei bundesweite Demonstrationen der Friedensbewegung stattfinden. Der Aufruf dazu beginnt mit folgendem Text: „Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. Die Hochrüstung führt zu massiver Verschuldung, drastischem Sozialabbau und der Militarisierung der Gesellschaft. Dies geht insbesondere auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Kranken sowie der arbeitenden Menschen. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut. Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.“ Bitte erkundigen Sie sich bei Friedensorganisationen und -bündnissen vor Ort, von wo gemeinsame Busfahrten organisiert werden. Allgemeine Informationen finden sich unter folgendem Link: <https://nie-wieder-krieg.org/03-10-25/>

Grafik: Marek Studzinski, via unsplash.com

KURZ & BÜNDIG

Trotz alledem! Warum ich die Hoffnung auf eine bessere Welt nicht aufgebe

Das ist der deutsche Titel eines neuen Buches von Jean Ziegler. Aus dem Französischen von Hainer Kober. Bertelsmann, München 2025, 205 Seiten, 22 Euro. Jean Ziegler ist ein langjähriger Unterstützer des Netzwerk Friedenssteuer (siehe S. 2).

«Où est l'espoir?» – Wo ist die Hoffnung? Mit seinem Fragezeichen war der Titel der im vergangenen Herbst erschienenen französischen Originalausgabe treffender als der verzweifelt trotzige Ausruf der Mitte Mai ausgelieferten deutschsprachigen Fassung. Als ein sich zum Katholizismus bekennender Sozialist glaubt Ziegler wohl durchaus in einem religiösen Sinn, ein Sturz der „kannibalischen Weltordnung“ sei möglich, stehe gar absehbar bevor. Ob sein „Trotz alledem!“ dazu beiträgt?

Nachruf auf Rudi Friedrich

Der Kriegsdienstgegner Rudi Friedrich gründete 1993 mit Freunden die Organisation Connection e.V., einen Beratungs- und Hilfsverein für Kriegsdienstverweigerer. Zuletzt waren fünf hauptamtliche Mitarbeiter bei Connection für die Unterstützung von Hilfesuchenden aus aller Welt im Einsatz. Nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine haben Rudi und seine Kollegen sich vehement für russische und ukrainische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure eingesetzt und sich dafür starkgemacht, dass kampfunwillige junge Russen in Deutschland Asyl erhalten sollten.

Nun fehlt er. Er starb während seines Urlaubs bei einer Wanderung in den Bergen bei Como (Italien) und hinterlässt eine große Lücke. Denn er war ein international bekannter Aktivist, ein Ermutiger und eine treibende Kraft, jemand, der Netzwerke mit anderen Organisationen im Bereich der Kriegsdienstverweigerung, Desertion und dem Asyl für diese Personengruppe knüpfte.



Rudi Friedrich

asb
Aktion Selbstbesteuerung e.V.
Wir besteuern uns selbst für
entwicklungspolitische
Arbeit im In- und Ausland.
Mach mit!
Damit die Welt
fairer wird. ❤️
Wir unterstützen kritische
Information im Inland und
Selbsthilfegruppen im
globalen Süden.
www.
aktion-selbstbesteuerung.de

„Im Frieden sind wir alle
Pazifisten. Zwischen den
Mahlzeiten fällt es auch
niemandem schwer,
Vegetarier zu sein.“

Colman McCarthy



Grafik: Mohamed Hassan, via pixabay.com

KURZ & BÜNDIG

„Überall hungern Menschen nach Gewaltfreiheit“

Auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, wird nicht zu Frieden führen. Aus dieser – von Papst Franziskus quasi wöchentlich vorgetragenen – Überzeugung heraus hat die katholische Friedensbewegung Pax Christi in Rom ein Institut für Gewaltfreiheit gegründet. Menschen auf der ganzen Welt hungern nach Gewaltfreiheit, sagte Marie Dennis von Pax Christi. Die Programmvorsitzende der Catholic Nonviolence Initiative glaubt, dass trotz der zahlreichen Kriege und blutigen Konflikte auf der Welt die Menschen sich mit permanenter, systematischer Gewalt nicht abfinden können.

Quelle: Vatican News, Okt. 2024

Büchel, das Milliardengrab

Immer wieder haben wir von Protestaktionen am und gegen den Luftwaffenstützpunkt Büchel berichtet, weil dort US-Atomwaffen mit dem Zweck der deutschen „atomaren Teilhabe“ gebunkert sind. Die Bundeswehr beschafft dazu 35 Stück der F-35 Tarnkappenbomber aus den USA. Damit diese in der Eifel stationiert werden können, muss der Flugplatz Büchel umgebaut werden. Jetzt wurde bekannt, dass die Kosten für diesen Umbau (ohne die Flugzeuge) von 1,2 Mrd. auf inzwischen 2 Mrd. Euro gestiegen sind.

Quelle: Verteidigungsministerium auf Anfrage der dpa

Susan Crane in Freiheit!

Susan Crane aus Redwood City, Kalifornien, wurde am Freitag, den 17. Januar 2025, aus dem Gefängnis in Koblenz entlassen. Ihre 7,5 Monate „Mahnwache hinter Gittern“ hielt Susan wegen „Hausfriedensbruchs“ und ihrer daraus folgenden Weigerung, die Geldstrafe zu zahlen, als Ersatzfreiheitsstrafe ab. Ihre Verurteilung steht im Zusammenhang mit einer Reihe gewaltfreier Proteste gegen die auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel stationierten US-Atomwaffen.

Susan wurde vor dem Gefängnis begrüßt von einer großen Gruppe Unterstützer*innen, die in einer Mahnwache mit Transparenten und Redebeiträgen für eine Abschaffung der Atomwaffen und Freiheit von politischen Häftlingen demonstrierten. Nach der Mahnwache feierten wir im Gemeindehaus der Ev. Martin-Luther-Kirchengemeinde Koblenz-Lützel mit Kaffee und Frühstück, Musik und Liedern. Es war eine wunderbare Zusammenkunft von Friedensaktivisten, anarchistische Jugend und Kirchenleuten und anderen Unterstützer*innen.

Quelle: The Nuclear Resister, 17.1.2025 (www.nukeresister.org)

In Frieden ruhen? – Frieden schon zu Lebzeiten

„Bist du sicher, Martinus? Wieso sollten wir Frieden nicht schon zu Lebzeiten finden, sondern erst im Grabe? Kann man denn Frieden finden wie man Pilze im Wald findet und wilde Beeren oder einen verlorenen Schuh? Frieden muss man machen, so wie wir das an jedem Abend tun. Machen und halten. Um Frieden muss man kämpfen und ringen! Stiften muss man Frieden! Wenn Frieden in jedem einzelnen Haus ist, ist Frieden im ganzen Land. Aber das Schlimme: Nichts ist ein für allemal. Jeden Morgen fangen wir neu an mit unseren guten Vorsätzen, und dann reichen sie doch wieder nicht bis zu Abend.“

Quelle: Bist Du sicher, Martinus? Die Tischreden der Katharina Luther, geborene von Bora, in: Christine Brückner, Wenn du geredet hättest, Desdemonia. Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen, Frankfurt/M.; Berlin: Ullstein, 1988, S. 33



Foto: Albert Blattmann

Materialliste

INFOBLÄTTER

Zivilsteuergesetz in 6 Schritten

READER

Einführung einer Zivilsteuer-Regelung gegen Gewissensbestimmung durch Militärsteuer Juli 2022

Inhalt

- Gebühren – Karen Henrichs.....2
- Grundgesetz Art. 4, Abs. 1 und 3.....4
- Theologische Aspekte – Wolfgang Krauß.....5
- Zivilsteuer: 6 Schritte.....6
- Juristische Aspekte – Prof. Jörg Winter.....9
- Biographische Beiträge – Dr. Wiljag Steuer.....12
- Zivilsteuer-Gesetzesentwurf von 2011.....14
- Wege zur Realisierung.....20

Reader Zivilsteuer – Im Moment nur digital erhältlich: friedenssteuer.de/downloads/ → Materialien

NETZWERK Friedenssteuer

Zivilsteuergesetz (ZStG) für Menschen und Klima

Postkopiersheet des Netzwerks Friedenssteuer e. V. - Februar 2020

16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN

Unser Entwurf des Zivilsteuergesetzes gründet unweigerlich auf der grundsätzlichen Verleihen, parlamentarischen Gewissensfreiheit und der Forderung: Man Geld nicht für Militär, Rüstung und Krieg.

Das Zivilsteuergesetz reagiert auf das Gewissensproblem und erhöht die Verwirklichung der Gewissensfreiheit. Es erweitert die demokratische Mitbestimmung.

Netzwerk Friedenssteuer e.V., Postlager: 50-161171 München, Telefon: 089-71 62 83, info@friedenssteuer.de, www.friedenssteuer.de

Zivilsteuergesetz für Menschen und Klima

BROSCHÜRE UND FALTBLÄTTER

Broschüre mit allen Infos

Faltblatt Pro & Contra Zivilsteuer

Faltblatt „Steuern zu Pflugscharen“

HANDZETTEL, KARTEN, MARKEN, AUFKLEBER

Forderung an die Kirchen

Karte Kriegsdienstverweigerung

Karte Bekanntmachung

Aufkleber gegen Spende (mind. 2 €/Bogen = 24 St.)

Bestellungen an Gertie Brammer (Adresse siehe letzte Seite)

Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	E-Mail
Öffentlichkeit/Materialvers.	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	05861-985742	gbram@posteo.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Klaus	Waiditschka	George-Washington-Str. 255	68309	Mannheim	0621-40546939	k.waiditschka@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Internationales/CPTI	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Ohestraße 1c	30169	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@mailbox.org
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Bielingplatz 1	90419	Nürnberg	0911-353237	br.janus@t-online.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	buscher@friedenssteuer.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr-Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Vorstand, Vorsitzender	Jan	Birk	Weberstr. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de

Termine 2025/2026

24.–26.10.2025 **Herbsttagung in Bad Hersfeld**
(für alle, die eine Funktion im Netzwerk ausüben)

2026 **Frühjahrstagung in Bad Hersfeld**
Der Termin für die Frühjahrstagung (offen für alle Interessierten) stand zum Redaktionsschluss noch nicht fest; bitte schauen Sie auf unsere Internetseite, wo die Einladung dann veröffentlicht wird.



Impressum

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Raidinger Str. 9a, 81377 München

Telefon: 089 – 71 62 83

info@friedenssteuer.de

www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00

BIC: GENODEM1GLS (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Bei allen Spenden bitte den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Der Rundbrief *Friedenssteuer Nachrichten* erscheint 1 oder 2 Mal pro Jahr, Auflage 750 Stück.

Er geht an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktion: Klaus Waiditschka, s.o.

DATENSCHUTZ: Personenbezogenen Daten benutzen wir nur für interne Zwecke; sie werden nicht an Dritte weitergegeben. Besucher unserer Webseite werden nicht registriert. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Webseite > Wir über uns > Datenschutz.